



Aussendung: 6.11.2017

<http://diealternative.org/ugod/category/ullf/>

od.

<https://www.ullf.at/>

-
- **ULLF-News 3/17: EMPÖRT EUCH !!! - Bei der sogenannten "Verlagerung von Dienststellen" des BMLFUW werden die Belegschaftsvertreter hintergangen!**
 - **Und wider die RAIFFEISEN-MONOPOLE: Erst wenn man in Österreich über die Auflösung der RAIFFEISEN-MONOPOLE gesprochen hat – kann man einen Masterplan für den ländlichen Raum wirkungsvoll in Angriff nehmen! (siehe unten)**
-

ULLF-UG ist eine parteiunabhängige WählerInnengruppe für die Personalvertretung im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) und repräsentiert im Zentralausschuss ca. 23 % der Belegschaft von über 3000 MitarbeiterInnen. Gewerkschaftlich ist ULLF-UG Mitglied der UGÖD.

ULLF-UG war als unabhängige UGÖD-Gruppierung im vergangenen Nationalratswahlkampf nicht durch Aussendungen aktiv, obwohl von ÖVP- bzw. BMLFUW-Seite ein „Masterplan für den ländlichen Raum“ vorgestellt wurde, der eine **10 %-Verlagerung von Bundesbehörden aufs Land** beinhaltete. Klar war dabei schon, dass das vorwiegend die Dienststellen des BMLFUW betreffen wird, doch es wurde auch versichert, dass das **nur „in enger Abstimmung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“** der möglichen Behörden erfolgen könne.

Umso skandalöser finden wir es nun, dass schon kurz vor Ende des Wahlkampfes am 7. Oktober in der „Presse“ bekannt wurde, **dass intensive Verhandlungen zur Absiedelung des Umweltbundesamtes (UBA) von Wien nach Klosterneuburg im BMLFUW geführt wurden**, und dass schon **EINE WOCH**E (sic!) nach der Wahl - am 24. Oktober - **Bundesminister Rupprechter, Landeshauptfrau Mikl-Leitner und Bürgermeister Schmuckenschlager aus Klosterneuburg im „neuen Machtrausch“ verkündeten, dass das UBA jetzt eben dorthin übersiedeln müsse**. Das ist inakzeptabel, denn:

- **Der Betriebsrat des Umweltbundesamtes wurde erst am 23. Oktober - also einen Tag vorher - im Aufsichtsrat informiert, dass eine Übersiedelung mit ca. 520 MitarbeiterInnen nach Klosterneuburg in ca. 4 Jahren anstehe**. Es erfolgte keine Einbindung der MitarbeiterInnen und das schon gar „auf Augenhöhe“.
- **Einen Tag später am 25. Oktober wird im STANDARD und ORF online von weiteren abzusiedelnden Bundesbehörden des BMLFUW berichtet: Die Wildbach- und Lawinverbauung von Wien, Niederösterreich und Burgenland soll „konzentriert“ aufs Land kommen sowie die Bundesanstalt für Bergbauernfragen nach Tirol übersiedelt werden**. Die Personalvertretung der BA für Bergbauernfragen wurde ebenfalls „überfahren“ und in „absurder Weise“ fast beleidigend hintergangen: (<http://orf.at/stories/2412324/2412325/> ; <http://derstandard.at/2000066665959/Rupprechter-will-weitere-Bundesbehoerden-aufs-Land-verlagern>); die sehr sachliche Stellungnahme der Personalvertretung der Bundesanstalt für Bergbauernfragen ist sehr lesenswert: https://science.apa.at/rubrik/politik_und_wirtschaft/Mitarbeiter_der_Bergbauern-Anstalt_wollen_in_Wien_bleiben/SCI_20171025_SCI40111351038857708
- **Zusätzlich ist anzumerken: Es gibt bei weitem noch keine neue Regierung und schon „versendet“ der „alte“ Landwirtschaftsminister - wahrscheinlich im Namen des Bauernbundes - Bundesbehörden aufs Land!**

- Man schaue nur auf die Homepage unseres Ministeriums <https://www.bmlfuw.gv.at/land/masterplan-laendlicher-raum/masterplan-verwaltung/s-1-dezentrale-verwaltung.html> und man findet dort **Bilder vom Ex-Bauernbundpräsidenten bis zum Generalanwalt des Österreichischen Raiffeisenverbandes**, und alle Personen in Hochglanzformat, die anscheinend für das Kapitel ‚Behördenverlagerung‘ im Masterplan für den ländlichen Raum verantwortlich zeichnen. (<https://www.bmlfuw.gv.at/land/masterplan-laendlicher-raum/schwerpunkt-sprecher.html>). **ES IST INAKZEPTABEL, DASS DIE HOMEPAGE DES BMLFUW IM RAHMEN DES MASTERPLANES ZUM LÄNDLICHEN RAUM ZU EINER WERBESEITE DER ÖVP bzw. des BAUERNBUNDES VERKOMMEN IST!**
- **Mit 31 % der WählerInnen-Stimmen 100 % bestimmen zu wollen – das ist keine Demokratie!**

Zum Engagement des **GENERALANWALTES DES ÖSTERREICHISCHEN RAIFFEISENVERBANDES** bei der Verlagerung von Bundesbehörden aufs Land:

- Gerade die **ZENTRALE VON RAIFFEISEN in WIEN** ist Ausdruck für den Niedergang des ländlichen Raumes in Österreich. Es waren die RAIFFEISEN-BANKEN, die für niedrige Zinsen das Geld der Landfrauen und Landmänner über Jahrzehnte einsammelten, um sich dann in Wien in Hochhäusern niederzulassen und um dann das Geld der BäuerInnen und Bauern in Großstädten in Immobilien zu stecken oder in regionalen Mittelstädten in übergroße Kaufhauszentren zu investieren. Damit begannen fast alle sehr schönen österreichischen Klein- und Mittelstädte im historischen Geschäftskern abzusterben und wurden dadurch von innen her ausgehöhlt. Gleichzeitig wurden mit dieser RAIFFEISEN-STRATEGIE auch Arbeitsplätze im ländlichen Raum massenweise vernichtet. Und was RAIFFEISEN nicht in Österreich in den Zentren sowie Hoch- und Kaufhäuser gegen hohe Gewinnerwartung investieren konnte, das haben sie mit RAIFFEISEN INTERNATIONAL gegen Osten bis in die Ukraine, Russland und Kasachstan getragen. Kurz: Es hat RAIFFEISEN somit das Geld, das ursprünglich vielfach in Form von Bauerneinkommen, Landarbeiterlöhnen und Agrar-Förderungen für den ländlichen Raum bestimmt war, nicht dort am Land reinvestiert, sondern abtransportiert, um damit dann in den Hochhäusern der metropolen Zentren und im Osten Europas Gewinne zu scheffeln – zum Teil für ganz ‚landfremde‘ Aktionäre. Es wäre daran auch fast pleite gegangen Heute gilt leider: Der ländliche Raum leidet wirtschaftlich gerade unter den RAIFFEISEN-MONOPOLEN in verschiedenster Form! – (Was heute der GRÜNDER RAIFFEISEN selbst wohl dazu sagen würde?).

Wir von ULLF-UG fordern deshalb – nicht zuletzt in der europäischen Tradition des EMPÖRT EUCH!!!

- **Bevor die Bundesbehörden dezentralisiert werden sollen, muss RAIFFEISEN wieder umfassend dezentralisiert werden!** D.h. RAIFFEISEN muss zurück aufs LAND und RAIFFEISEN muss einen viel höheren Anteil der Einlagen wieder im ländlichen Raum investieren – vor allem im strukturschwachen ländlichen Raum investieren. Es ist „absurd“ den Niedergang des ländlichen Raumes mit der Umsiedelung von Bundesbehörden kompensieren zu wollen, während sich die BANK DES LÄNDLICHEN RAUMES nur unterproportional für den ländlichen Raum engagiert. Das heutige RAIFFEISEN hat leider kein Vertrauen in den ländlichen Raum und ist selbst zu einem zentralistischen Moloch mit vielfältigen MONOPOLEN geworden.
- **Alle RAIFFEISEN-Monopole, die vor allem im ländlichen Raum zur Wirkung kommen, müssen von der Politik hinterfragt und aufgelöst werden.** Das gilt für das BANKEN-MONOPOL IM LÄNDLICHEN RAUM, für das RAIFFEISEN-MEDIEN-MONOPOL, das mittlerweile in hohem Maße demokratiefeindlich ist und über das sich kaum jemand in der Öffentlichkeit zu reden und zu schreiben traut (wo auch?), und das gilt für das RAIFFEISEN-MONOPOL im vor- und nachgelagerten Bereich der Land- und Forstwirtschaft.
- **Erst wenn man in Österreich über die Auflösung der RAIFFEISEN-MONOPOLE gesprochen hat – kann man einen Masterplan für den ländlichen Raum wirkungsvoll in Angriff nehmen! -- - Alles andere ist eine Schwindel-Packung!¹**